

# Volkswirtschaft Kompakt



Nr. 79, 20. August 2015

## Interkommunale Zusammenarbeit – gemeinsam wachsen statt alleine schrumpfen!

Autorin: Katharina Schöbinger, Telefon 030 20264-68089, research@kfw.de

Knappe Kommunalfinanzen, die Umsetzung der Energiewende, veränderte Bevölkerungsstrukturen durch den demografischen Wandel – Kommunen stehen vor der Herausforderung, die kontinuierlich wachsenden Aufgaben kosteneffizient zu erledigen, ohne dabei die Qualität des Verwaltungshandelns zu gefährden. Die einzelgemeindliche Fähigkeit zur Aufgabenerledigung stößt heute schon vielerorts an ihre Grenzen – vor allem in ländlichen Gebieten – und rückt interkommunale Lösungsansätze stärker in den Fokus.

Hierzu zählt auch die interkommunale Zusammenarbeit (IKZ), welche die Kooperation mindestens zweier Gebietskörperschaften zur Erfüllung öffentlicher Leistungen umfasst. Sie erfolgt formell (z. B. Zweckverband) oder informell (z. B. runder Tisch). Gesetze auf Landesebene regeln mögliche Formen und Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit.

Klassische Kooperationsfelder für IKZ liegen vor allem im Bereich der technischen Infrastruktur (Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, ÖPNV), der sich durch hohe Investitionskosten und Qualitätsstandards auszeichnet. Hier bildeten Kommunen seit den 1970er-Jahren vermehrt Zweckverbände. Neuere Themenfelder sind IT, Energieversorgung und Klimaschutz, Breitbandausbau sowie Regionalmarketing.

### Herausforderungen und Chancen

IKZ ist nicht unumstritten. Im Kleinen scheitern interkommunale Kooperationsprojekte oftmals an den Sorgen der Betroffenen: Angst der Politik vor Steuerungsverlust sowie mangelnde Akzeptanz seitens der Bürger. Auch müssen bei der Implementierung von IKZ-Projekten vergabe- und steuerrechtliche Vorgaben berücksichtigt werden – ohne

juristisches Personal ist dies in kleinen Gemeinden oft nicht leistbar.

Laut Bundeslandwirtschaftsministerium kooperieren Städte in Ballungszentren häufiger als Gemeinden im ländlichen Raum, da sie personell und organisatorisch meist besser aufgestellt sind.<sup>1</sup> Dabei gibt es gute Gründe, warum gerade ländliche Gebiete von einer Zusammenarbeit profitieren:

- **Infrastruktur als Standortfaktor:** Kommunen können durch die Zusammenlegung von finanziellen Mitteln und Knowhow Synergieeffekte bei der Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur nutzen. Kosten können dadurch eingespart oder der Leistungsumfang erhöht werden.
- **Demografischer Wandel:** Der Bevölkerungsschwund im ländlichen Raum führt zu sinkenden Fallzahlen und einer geringen Auslastung der öffentlichen Verwaltung. Durch Bündelung von Aufgaben können Gemeinden ihre Autonomie beibehalten und verhindern damit unter Umständen Zwangsfusionen.
- **Technologische Entwicklung:** Technische Neuerungen ermöglichen und erfordern Veränderungen im Verwaltungshandeln. So schafft z. B. das Internet die Voraussetzung für eine gemeinsame Nutzung von Datenbanken. Auch die Anforderungen an technische Standards durch rechtliche Vorgaben steigen. Zudem nimmt die Erwartungshaltung der Bürger zu, Verwaltungsangelegenheiten online zu erledigen.

### Potenziale im ländlichen Raum noch nicht ausgeschöpft

Nach Angaben des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung lebt etwa ein Drittel der Bevölkerung

Deutschlands im ländlichen Raum. Gerade dort liegen noch Potenziale verborgen. Hier kann durch IKZ ein flexibleres Angebot z. B. bei Bildung und Pflege, dem Rückbau technischer Infrastruktur sowie im Brand- und Katastrophenschutz geschaffen werden. Projekte im Bereich der freiwilligen Aufgaben (z. B. Schwimmbäder, Bücherei, Musikschulen) helfen, die Lebensqualität in kleineren Kommunen zukünftig zu erhalten.

### Was machen Bund und Länder?

Einer Studie des Bundeslandwirtschaftsministeriums zufolge fördern 9 von 13 Flächenländern interkommunale Zusammenarbeit. Als sehr aktiv gelten die Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen. Im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ des Bundesumweltministeriums werden im Haushalt 2015 Investitionszuschüsse in Höhe von rund 70 Mio. EUR für die IKZ kleiner Kommunen zur Verfügung gestellt.<sup>2</sup>

### Ausblick

Interkommunale Zusammenarbeit ist kein Allheilmittel für klamme Gemeindekassen. Die Vergemeinschaftung von Aufgaben kann jedoch insbesondere kleinen Gemeinden dabei helfen, den Herausforderungen, die sich aus demografischem Wandel und Aufgabenzuwachs ergeben, zu begegnen und trotzdem ihre Autonomie weitestgehend zu wahren. Zum einen ist hierfür die politische und fachliche Unterstützung durch die Landesebene notwendig (Einrichtung von Beratungszentren, gemeinsame Projektdatenbank) – insbesondere für Kommunen mit geringer Personaldichte. Zum anderen müssen die Interessenlagen aller beteiligten Kommunen frühzeitig berücksichtigt, gemeinsame Handlungsfelder abgesteckt und der Mehrwert einer Partnerschaft offen diskutiert werden. ■

<sup>1</sup> Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung (2012), Interkommunale Kooperation in ländlichen Räumen, Bonn, S. 12.

<sup>2</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2014), Erster Statusbericht zum Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“, Berlin.